

des Wirtschaftsplans realistisch sei oder das Institut aufgrund dieser Vorgabe in diesem Jahr seinen Betrieb einstellen müsse.

Vorsitzender Dr. Michael Vesper übergibt Minister Pinkwart die im Rahmen einer Unterschriftenaktion gesammelten 7.663 Unterschriften von Bürgerinnen und Bürgern Dortmunds und Umgebung, die sich für den Erhalt dieses Forschungsinstituts aussprechen.

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2006 und Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze (Haushaltsstrukturgesetz 2006)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/1000

In Verbindung damit:

Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen 2005 bis 2009

Vorlage 14/190

In Verbindung damit:

Kürzungen bei Studentenwerken zurücknehmen!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/1015

Der **Vorsitzende** verweist auf die Beantwortung der vor der Sitzung von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen schriftlich eingereichten Fragen durch das Ministerium (*siehe Anlage*).

Auf die Bitte von **Dr. Ruth Seidl (GRÜNE)**, die Wirkungen der Kürzung beim TIP im Einzelnen darzustellen, erläutert **Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (MIWFT)**, diese Kürzung folge aus dem Beschluss der Landesregierung, alle Fördermittel im Landeshaushalt um 20 % zu reduzieren. Die Absenkung beeinträchtigt die Finanzierung der bisher bewilligten Projekte nicht. Um für neue Projekte finanziellen Spielraum zu gewinnen und die Förderung insgesamt effizienter zu machen, würden zurzeit alternative Finanzierungsformen unterschiedlichster Art geprüft und auch mit möglichen Partnern besprochen. Das habe er ja bereits in der Regierungserklärung so angekündigt.

Beim TIP sei zum Beispiel zu fragen, ob es ein reiner Zuschuss sein müsse oder ob man nicht zu revolvingen Systemen kommen könne. Er sei schon von Unternehmern angesprochen worden, die gefördert worden seien und einen verlorenen Zuschuss erhalten hätten, aber mit ihrer Unternehmensentwicklung sehr erfolgreich gewesen seien und auch ihre Bereitschaft erklärt hätten, das Geld zurückzuzahlen.

Karl Schultheis (SPD) sieht in der Kürzung beim TIP einen Verstoß gegen die eigene Vorgabe der Landesregierung, die FuE-Quote in Nordrhein-Westfalen zu steigern. Es sei sicherlich richtig, dass auch über revolvingierende Fonds nachgedacht werden müsse, aber die müsse es dann erst einmal geben, bevor andere Instrumente abgeschafft würden. Die SPD-Fraktion erwarte eine Konzeption der Landesregierung, wie bei den FuE-Ausgaben das 3 %-Ziel erreicht werden solle. Die SPD halte es für kontraproduktiv, die staatliche Förderung bei den Titelgruppen 61 und 64 zurückzufahren, ohne eine Perspektive zu haben, dass sich die Investitionen der Privatwirtschaft erhöhten. Aus Sicht der SPD fehle ein Konzept, das es zulasse, mit diesen Titelgruppen in der Weise zu verfahren.

Der Sachverhalt sei etwas komplexer, so der **Minister**. Die Lücke, die im Interesse des Landes geschlossen werden müsse, liege im Wesentlichen bei der privaten Wirtschaft. Da gelte es, mindestens 5 Milliarden € pro Jahr in Nordrhein-Westfalen zusätzlich zu beleben, um diese Lücke schließen zu können. Das sei ein riesiger Kraftakt.

Da das der Vorgängerregierung trotz eines phasenweise deutlich höheren TIP nicht gelungen sei, stelle sich doch die Frage, ob das die richtigen Instrumente gewesen seien. Deshalb habe er in der Regierungserklärung zu dem Thema schon deutlich gemacht, dass die neue Landesregierung das etwas anders angehen wolle in dem Bemühen, die Lücke möglicherweise wirksamer zu schließen als das bisher gelungen sei. Dazu gehöre, Programme anders zu gestalten und andere Partner, zum Beispiel die NRW-Bank, in eine solche Strategie einzubeziehen.

Darüber hinaus stehe man vor einem neuen Programm der EU im Bereich Ziel 2. Auch das gelte es so auszugestalten, dass der Forschungsförderung und der Technologieförderung eine größere Rolle beigemessen werde. Dies sei ja auch glücklicherweise eine neue Schwerpunktsetzung der EU selbst in diesem Programm.

Alles das befinde sich gegenwärtig in Arbeit, weil das auch entsprechend abzustimmen sei, zum Beispiel mit der EU. Sobald das Paket stehe, werde er den Ausschuss darüber informieren. Er sei natürlich daran interessiert, das selbst gesetzte Ziel zu erreichen, bis 2015 Innovationsland Nr. 1 zu werden. Er versichere, dass die Maßnahmen dafür so gewählt würden, dass das gelingen könne.

Karl Schultheis (SPD) hält andere Instrumente für vorstellbar. Aber bevor die alten Instrumente abgeschafft oder geschwächt würden, wünsche er sich eine Darstellung der neuen Instrumente und konzeptionellen Eckpunkte. Er bitte darum, in der nächsten Sitzung zumindest einen Hauch dieser konzeptionellen Ansätze vorgetragen zu bekommen. Die SPD sei gern dazu bereit, neue Wege mitzugehen. Er habe die revolvingierenden Fonds genannt. Aber die Ansätze müssten auf dem Tisch liegen, damit sie bewertet werden könnten, bevor Bewährtes aufgegeben oder geschwächt werde. Das TIP sei durchaus ein bewährtes Programm.

Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (MIWFT) räumt ein, natürlich müssten Eckpunkte dargelegt werden. Aber all das erfordere eine gute Vorbereitung, um auch vernünftig

funktionieren zu können. Er bitte die Opposition, der Landesregierung diese Vorbereitungszeit zu geben.

Hier werde über einen Mittelansatz im Haushalt geredet. Der Mittelansatz werde abgesenkt, was nicht bedeuten müsse, dass in der Umsetzung dieser Mittel eine geringere Wirkung damit verbunden sein könne. Es werde ja gerade daran gearbeitet, eine größere Hebelwirkung zu erzielen.

Im Übrigen verweise er auf den Bereich Krankenhäuser, wo die Vorgängerregierung zum Teil Titel überbucht habe, was dazu führe, dass gewisse Etatansätze für zwei oder drei Jahre belegt worden seien. Auch mit diesem Phänomen habe man es zu tun. Auch beim TIP gebe es Belegungen durch Entscheidungen der Vorgängerregierung. Das werde die Landesregierung aber nicht davon abhalten, etwas Vernünftiges auf die Beine zu stellen.

Er rate, die Aktivitäten der Landesregierung auch einmal vor dem Hintergrund der Geschichte des TIP zu betrachten und sich damit zu beschäftigen, wann dieses Programm angedacht worden sei und wann es auf den Weg gebracht worden sei. Dann habe es ein Jahr ausgesetzt werden müssen, weil Genehmigungen gefehlt hätten. Dann hätten mit großer Mühe wieder Programmpartner angesprochen werden müssen.

Anke Brunn (SPD) weist auf den Zusammenhang zwischen der Titelgruppe 61 und der Titelgruppe 64 hin. In der Titelgruppe 64 – ihr sei nicht ganz klar, wie diese Titelgruppe eigentlich umgegliedert worden sei – steckten die Mittel, mit denen das Land bisher eigene Forschungsaktivitäten habe starten können. Sie begrüße ja, dass den Hochschulen mehr Eigeninitiative überlassen werde. Um aber Drittmittel oder Institute nach Nordrhein-Westfalen zu holen, müsse vonseiten des Landes immer irgendetwas geschehen. Meistens „versteckten“ sich diese Gelder in irgendeiner Form in der Titelgruppe 64. Wenn in dieser Titelgruppe aber nur noch ganz wenig Geld zur Verfügung stehe, würden damit unabhängig vom Umfang der Titelgruppe 61 alle landespolitischen Instrumente aus der Hand gegeben, um irgendetwas für NRW zu starten. Diese massiven Kürzungen würden sich dann in zehn Jahren auswirken. Wenn die Landesregierung bei der Wissenschaft einen Schwerpunkt setzen wolle, müsse das doch hier zum Ausdruck kommen.

Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (MIWFT) führt aus, über eine Verpflichtungsermächtigung seien zusätzliche Mittel im Haushalt vorgesehen, um ein weiteres Max-Planck-Institut nach Nordrhein-Westfalen zu holen. Außerdem habe man zusätzliche Mittel für die Exzellenzinitiative im Haushalt. Durch ihre Durchsetzungsfähigkeit im Exzellenzwettbewerb werde von den Hochschulen zusätzliches Geld eingeworben, und zwar sowohl vom Land, das das Geld wettbewerblich vergebe, als auch in erheblichem Umfang vom Bund.

Man verfolge natürlich eine etwas andere Philosophie, indem man den Hochschulen noch mehr Autonomie gebe und sie damit in den Stand versetze, selbst aktiv zu werden. Das bedeute aber nicht, dass sich das Land zurückziehe. Vielmehr werde versucht, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass auch das Gesamtportfolio des

Landes mit eingebracht werde. Das Land sei ja Mitfinanzier der Hochschulen und der außeruniversitären Forschungseinrichtungen und könne dies auch als ein Pfund nutzen, um Dritte dafür zu gewinnen, in Nordrhein-Westfalen zu investieren. Ein Beispiel sei das Eon-Energieinstitut mit einer Investition von Eon in Höhe von 40 Millionen € institutionell und 60 Millionen € Projektmitteln. Dazu gebe das Land keinen Euro, aber die Hochschule selbst mobilisiere in den nächsten Jahren eigene Mittel, weil sie an diesem Institut interessiert sei. Der Landesregierung sei es also gelungen, ohne eigenen Mittelsatz dieses Institut zu bekommen und sich im Wettbewerb gegen München durchzusetzen. Er sei sehr zuversichtlich, dass schon in den nächsten Monaten andere Dinge hinzukämen, die deutlich machten, dass man, ohne selbst Geld in die Hand zu nehmen, gute neue Einrichtungen nach NRW hole. Anders sei das in Anbetracht der schwierigen Haushaltslage auch nicht machbar.

Inwieweit die Möglichkeit bestehe, im Rahmen der EU-Programme noch zusätzliche Mittel selbst mobilisieren zu können, werde man sehen. Das sei in Arbeit. Das könnte helfen, hier auch noch Ergänzungsfinanzierung in größerem Stil seitens des Landes zu erbringen. Ansonsten werde man sich auf diesen Mechanismus einstellen, den er aber bislang als nicht unfruchtbar erlebt habe.

Sie wolle den Hochschulen zwar auch mehr Freiheit und mehr Autonomie geben, so **Dr. Ruth Seidl (GRÜNE)**, aber ihrer Meinung nach ließen sich die Kürzungen nicht immer nur mit mehr Autonomie erläutern. Sie frage sich, wie die Landesregierung bei so gravierenden Kürzungen ihre Ziele erreichen wolle. Da genüge ihr der Hinweis auf die Gewinnung neuer Partner nicht. Wenn diese Mittelkürzungen stattfänden, werde sich das Ziel nicht erreichen lassen. Zur Titelgruppe 64 stelle sich die Frage, ob es dann zukünftig überhaupt noch Innovationstransfer gebe. Wie die Hochschulen bei der Beantragung von EU-Mitteln überhaupt unterstützt würden, sei ja auch eine schwierige Frage beim 7. EU-Forschungsrahmenprogramm. Weitere Fragen lauteten, ob die Umstellung auf Bachelor und Master weiter gefördert werde, ob Promotionen von FH-Absolventen weiter gefördert würden, ob Existenzgründer weiter gefördert würden und ob jetzt beim Kompetenznetzwerk Stammzellforschung gekürzt werde. All diese Fragen stellten sich, weil überhaupt nicht klar sei, wo die Kürzungen in dieser zusammengefassten und großen Titelgruppe im Einzelnen stattfänden.

Karl Schultheis (SPD) legt Wert darauf, für die nächste Sitzung eine schlüssige Darstellung der Folgen der Kürzungen bei den Titelgruppen 61, 62 und 64 zu bekommen. Aus der Titelgruppe 64 werde ja bisher auch die Forschung an Fachhochschulen finanziert. Nun solle es ja einen Pakt für angewandte Forschung geben. Noch gebe es den aber nicht. Man könne die Forschung und die Forschungsinfrastruktur ja nicht einfach an- und ausknipsen. Ihn interessierten die Folgewirkungen für die Projekte an den Fachhochschulen im Jahr 2006, für TRAFO und KOPF. Er bitte auch um Auskunft, was das für die Förderung des Nachwuchses und für die Graduate Schools bedeute. Er bitte darum, dass diese Auswirkungen konkret dargestellt würden. Er sehe auch nicht, dass die Mittel für die Exzellenzinitiative zusätzlich bereitgestellt würden. Diese Mittel würden dadurch erwirtschaftet, dass an anderen Stellen Kürzungen erfolgten. Wichtig sei doch,

was unter dem Strich dabei herauskomme, und das sei kein Mehr, sondern ein Weniger.

Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (MIWFT) stimmt Frau Brunn absolut zu. Diese Titelgruppe habe auch in der Vergangenheit immer dazu gedient, etwas anzuschieben. Ein Beispiel seien die Juniorprofessuren. Nach der Anschubfinanzierung werde die Aufgabe dann irgendwann von anderen wahrgenommen. Wenn zum Beispiel die Exzellenzinitiative nach fünf Jahren abgeschlossen sei und der Bund sie vielleicht nicht weiterführe, werde man sie sehr wahrscheinlich auch allein nicht weiter fortsetzen können, denn so etwas könne ja nur gemeinsam gemacht werden, damit es auch wirklich einen Exzellenzwettbewerb gebe. Das werde dann eine Maßnahme sein, die an der Haushaltsstelle dann auslaufe, und möglicherweise gebe es dann ein neues Programm. Er nenne außerdem die Haushaltsstelle Evaluationsbüro. Dort habe alles Mögliche stattgefunden, aber keine Evaluation. Trotzdem seien diese Mittel im Haushalt veranschlagt gewesen. Einer neuen Landesregierung und einem neuen Fachminister müsse schon zugebilligt werden, sich anzuschauen, was stattgefunden habe, und dann abzuwägen, was man weiterführen wolle, was man anders machen wolle und was man einstellen wolle. Solche Schwerpunktsetzungen seien notwendig. Es gebe auch Positionen, die zwar mit gewissen Zahlen im Haushalt gestanden hätten, aber in der Vergangenheit dazu genutzt worden seien, um eine globale Minderausgabe zu erwirtschaften. Jetzt könne man da Kürzungen um 30 % vornehmen, aber da habe ja gar nichts stattgefunden. Es habe ja lediglich diese Haushaltsstellen gegeben.

Karl Schultheis (SPD) wirft ein, seine Frage sei schon konkreter gewesen.

Der **Minister** antwortet, er habe das aber noch einmal darlegen wollen, weil das alles ja immer mit dem Unterton vorgetragen werde, dass die Landesregierung absichtsvoll in irgendeiner Weise Sinnhaftes nicht mehr fortsetzen wolle. Das habe er dem Ausschuss gegenüber aus einem anderen Blickwinkel beleuchten wollen.

Zum Pakt für angewandte Forschung: Es sei sicherlich richtig, dass hier in 2006 noch Maßnahmen enthalten seien – die seien auch nicht gekürzt worden –, die wegfielen, wenn der Bund es nicht fortsetze. Er habe die Gelegenheit wahrgenommen, sein Rede-recht im Bundestag – seine Fraktion sei so freundlich gewesen, ihn dort sprechen zu lassen – in Abstimmung mit der Landesregierung zu nutzen, um noch einmal zum Ausdruck zu bringen, dass auch im Zuge der Föderalismusreform seitens des Bundes genügend Möglichkeiten bestünden, den Hochschulen in ihrer schwierigen Situation mehr Rechnung zu tragen, unter anderem indem der Bund die Ausfinanzierung der Hochschulbaumittel bis 2013 auf einem höheren Plafond vornehme als das bisher geplant sei und auch durch einen solchen Pakt für angewandte Forschung. Er habe außerdem noch einmal zum Ausdruck gebracht, dass er Frau Schavan sehr nachdrücklich darin unterstütze, ein Hochschulkonzept 2020 zu erarbeiten. Das seien alles Maßnahmen, die der Bund vornehmen könne. Man befinde sich in engen Gesprächen. Sollte das vom Bund so geschehen, dann könnten auch über 2006 hinaus dieserlei Fachhochschul-forschung und andere Dinge mehr in den bewährten Programmen fortgeschrieben

werden. Sollte das aber nicht der Fall sein und der Bund sich dort komplett zurückziehen, werde nach anderen Wegen gesucht werden müssen. Diese Frage stelle sich aber noch nicht im Jahr 2006, sondern mit Blick auf den Haushalt 2007 und die folgenden Jahre.

Karl Schultheis (SPD) betont, deshalb sei es ja gerade so wichtig zu wissen, was im Jahr 2006 stattdfinde.

Heike Gebhard (SPD) äußert, gerade weil die SPD dem Minister zugestehe, andere Akzente zu setzen, interessiere sie sich dafür, wie diese anderen Akzente aussähen. Die seien leider dem vorliegenden Haushaltsentwurf nicht zu entnehmen. Der Minister habe deutlich gemacht, den Hochschulen im Rahmen der Exzellenzinitiative zusätzliche Mittel zu geben. Das könne sie im Haushalt aber nicht finden.

Der Hinweis von Frau Brunn habe doch darin bestanden, dass es, wenn man denn ein neues Programm plane und neue Akzente setzen wolle, eigentlich nicht nachvollziehbar sei, warum man die Mittel, aus denen das anschließend finanziert werden müsse, dann so stark reduziere. Da stelle sich doch die Frage, aus welchem Topf die Landesregierung denn dann ihre neuen Pläne tatsächlich finanzieren wolle.

Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (MIWFT) hat den Eindruck, Frau Gebhard habe da etwas missverstanden. Er habe auf die Frage von Frau Brunn ganz klar geantwortet und gesagt, dass man Projektmittel der Art, die Frau Brunn angesprochen habe, in dem Umfang in diesem Haushalt nicht zur Verfügung habe, dass er aber davon ausgehe, trotzdem eine hinreichende Wirkung entfalten zu können. Dafür habe er Beispiele genannt. Denn natürlich habe man auch eine andere Arbeitsteilung, die nach seinem Eindruck auch funktioniere. Würde es nicht funktionieren und man mehr Geld dafür benötigen, dann müsste es tatsächlich in dem Fall auch eingesetzt werden. Das sei völlig richtig.

Darüber hinaus habe er ausgeführt, dass es immer wieder zeitlich befristete Programme gegeben habe, um etwas anzuschieben. Wenn etwas angeschoben worden sei, laufe es ja von allein, und dann müsse es auch nicht mehr gefördert werden. So entfielen gewisse Maßnahmen, Stichwort Juniorprofessur. So ein Programm sei dann umgesetzt, und dann könne man sich ein neues Programm überlegen. Wenn sich mit den bestehenden Etatansätzen das Neue dann nicht hinreichend umsetzen lasse, müssten zusätzliche Mittel beantragt werden.

Die Exzellenzinitiative sei im Haushalt ganz klar ausgewiesen mit 5 Millionen € im Jahr 2006 plus 95 Millionen € Verpflichtungsermächtigungen für die nächsten Jahre. Das entspreche nach dem Königsteiner Schlüssel der Länderquote Nordrhein-Westfalens am Gesamtprogramm. Noch stehe aber natürlich nicht fest, wie das Land tatsächlich abschneide.

Dr. Michael Brinkmeier (CDU) stellt klar, die CDU setze großes Vertrauen in den Minister und das Ministerium und eröffne dem Ministerium gern einen gewissen Freiraum, um herauszufinden, was optimiert werden könne.

Er sei gespannt auf die Änderungsanträge der Opposition, lege aber Wert darauf, dass eine akzeptable Gegenfinanzierung vorgelegt werde.

Anke Brunn (SPD) entgegnet, das Geschäft der Regierung werde die Opposition mit ihren Anträgen nicht übernehmen. Die Opposition werde einige Akzente setzen können, aber das Grundkonzept, wofür die Gelder ausgegeben würden, sei Aufgabe der Regierung.

Von den bisherigen Antworten auf die Fragen zur Titelgruppe 64 sei nur ein Bruchteil verwertbar. Der Minister mache nur ungefähre Angaben, wofür er das Geld ausgeben wolle, erkläre aber nicht präzise seine Pläne. Normalerweise erwarte sie in den Erläuterungen zum Haushalt eine Übersicht, für welchen Zweck wie viel Geld zur Verfügung stehe. Das bleibe jetzt offen. Dennoch solle ein Beschluss darüber gefasst werden. Das empfinde sie als Problem. Die angewandte Forschung an Fachhochschulen sei eines der besten Beispiele dafür, dass sich so etwas nur erreichen lasse, wenn vorher entsprechende Investitionen stattgefunden hätten.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) meint, Vertrauen sei gut, aber Wissen sei besser. Deshalb unterstütze sie die Ausführungen von Frau Brunn. Erforderlich sei eine Differenzierung bei den Haushaltspositionen. Sie bitte darum, die auch zu bekommen, um zu wissen, wohin das Geld fließe und wo eventuell nachgesteuert werden könne. Der Hinweis auf die Anschubfinanzierung reiche nicht aus. Denn es handele sich ja nur um zwei Anschubfinanzierungen. So ergebe sich mit Sicherheit nicht diese große Summe.

StS Dr. Michael Stückradt (MIWFT) verweist auf die Ausführungen des Ministers, der in den Grundzügen dargestellt habe, wofür die Mittel verwendet werden sollten. Der Minister habe beispielsweise dargestellt, dass die Fachhochschulforschung auch 2006 weiter gefördert werden solle, und sei auch auf einige andere Dinge eingegangen. Er meine nicht, dass das jetzt maßnahmenscharf dargelegt werden müsse.

Karl Schultheis (SPD) kündigt an, dass die SPD-Fraktion zur nächsten Sitzung ihre Fragen noch einmal schriftlich einreichen werde. Es gehe nicht darum, Einzelprojekte der Fachhochschulforschung zu diskutieren, sondern es gehe um den Rahmen, den die Landesregierung dafür zur Verfügung stellen werde. Er hätte gern beantwortet, ob die Graduate Schools weitergeführt werden könnten.

Der **Vorsitzende** weist im Hinblick auf schriftlich einzureichende Fragen darauf hin, dass in der nächsten Sitzung vereinbarungsgemäß nur noch wenig Zeit für die Haushaltsberatungen zur Verfügung stehe. Außerdem finde diese nächste Sitzung bereits in der nächsten Woche statt. Er bitte darum, die Fragen rechtzeitig einzureichen.

Karl Schultheis (SPD) macht deutlich, der SPD gehe es ja nur um die Schwerpunkte und nicht um jedes einzelne Forschungsprojekt. Es gehe um die grobe Richtung und um die Schwerpunktbereiche. Die SPD wolle wissen, ob die Kürzungen zu einer Beschädigung dieser Kernbereiche führten.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) hält die Fragen ebenfalls für nicht ausreichend beantwortet. Ihre Frage laute ganz konkret, wie sich die Kürzungen auf die Einzelaspekte der Titelgruppe verteilen und welche Programme, Maßnahmen und Projekte betroffen seien.

Der **Minister** hebt hervor, er habe doch dargelegt, worauf sich die Kürzungen im Wesentlichen bezögen. Die Frage zur Fachhochschulforschung habe er beantwortet. Er verstehe gar nicht, warum es da weiterer Nachfragen bedürfe. Er habe gesagt, in 2006 gebe es kein Problem, und in 2007 könne man eines bekommen, wenn es keine Fortsetzung des Bundesprogramms gebe. Dafür müsse dann eine Lösung dritter Art gefunden werden.

Die Graduate Schools würden in diesem Jahr weiter gefördert. Graduate Schools gehörten aber auch zu dem, was er als Anschubfinanzierung begreife. So sei es auch von der Vorgängerregierung geplant worden. Er gehe davon aus, dass sich die Hochschulen mit ihren Graduate Schools im Rahmen der Exzellenzinitiative beteiligten. Das sei von den Hochschulen bislang allerdings so noch nicht durchweg als Chance gesehen worden. Denn so sei es ja einmal angelegt gewesen, um ihnen eine bessere Wettbewerbsmöglichkeit zu geben. Das hätten sie in dem Maße noch nicht genutzt. Er werde die Hochschulen noch einmal dazu anregen. Denn sie hätten damit ja auch eine Möglichkeit, Exzellenz zu zeigen, sich dem Wettbewerb zu stellen und möglicherweise auch besonders gut abzuschneiden. Aber im Jahr 2006 werde sich das für sie nicht finanzwirksam zeigen. Deswegen bekämen sie die bisherige Förderung weiter.

Diese Antwort sei schon wesentlich konkreter gewesen, so **Karl Schultheis (SPD)**. Die Fragen, die die SPD schriftlich einreichen werde und um deren Beantwortung sie in der nächsten Sitzung bitte, konzentrierten sich auf einige Schwerpunkte, die auch wichtig seien im Kontext des von der Landesregierung beabsichtigten Paradigmenwechsels. Es gehe einfach um die Frage, welche Rolle dieser Haushaltsgesetzgeber in Zukunft überhaupt noch spielen werde und wo strategische Ziele der Landespolitik festgelegt würden. In dem Kontext seien diese Titelgruppen zu sehen. Das sei ja keine zu vernachlässigende Größe.

Zur Absenkung der Zuschüsse für die Studentenwerke – Kapitel 06 027, Titelgruppe 70 – bitte er um eine Darstellung der Auswirkungen dieser Kürzungen um 20 % und um Auskunft, welche Maßnahmen ergriffen würden, um diese Folgen zu vermeiden.

Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (MIWFT) erinnert an seine ausführliche Stellungnahme dazu im Landtag. Er habe dargestellt, dass für den Fall, dass sich keine Einsparmöglichkeiten für die Studentenwerke ergäben, eine Anpassung der Sozialbeiträge notwendig werde. Die Konsequenz sähe so aus – immer unter der Maßgabe, dass sie das zumindest teilweise kompensieren könnten –, dass sich der Sozialbeitrag für die

Studierenden um 1,66 € pro Monat erhöhte. Diese Entscheidung sei zwar nicht leicht gefallen, stehe aber im Kontext der Einsparungen auch in anderen Politikfeldern, wo ebenfalls in der Größenordnung 20 % Kürzungen vorgenommen worden seien. Er sehe leider keinen anderen gangbaren Weg. Er gehe davon aus, dass die Studentenwerke alle Möglichkeiten nutzbar machten, um die Anhebung der Sozialbeiträge so gering wie möglich zu halten. Aber er könne nicht ausschließen, dass es zu Anpassungen bis zu der genannten Höhe kommen werde.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) erinnert an den Antrag der FDP in der letzten Legislaturperiode zur Erhöhung dieses Titels. Die FDP habe geschrieben:

Das vergleichsweise günstige Preisniveau der Leistungen der Studentenwerke für die Studierenden wird hauptsächlich durch die Zuschüsse des Landes ermöglicht. Dieses Preisniveau muss bei ohnehin zunehmenden finanziellen Belastungen der Studierendenschaft aufrechterhalten werden.

Die FDP habe damals eine Aufstockung verlangt. Sie frage sich, wie die FDP jetzt dazu stehe.

Nach Auffassung von **Prof. Dr. Gerd Bollermann (SPD)** handele es sich bei den Worten des Ministers nur um die halbe Wahrheit. Denn nach seinen Informationen gehe es um die Erhöhung des Preisniveaus, um die Erhöhung von Mieten für Studenten und um Qualitätseinbrüche bis hin zur Schließung von Mensen. Es gehe also auch darum, dass Studentenwerke ihr Angebot reduzierten. Er wünsche sich da schon eine Quantifizierung, wie sich das im Land tatsächlich darstelle. Allein über die Anpassung der Sozialbeiträge sei das seines Wissens nicht getan.

Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (MIWFT) schließt nicht aus, dass sich durch andere Tatbestände sozialversicherungsrechtlicher Art oder durch Steuererhöhungen an anderer Stelle Mehrbelastungen ergäben, die er jetzt nicht im Blick habe. Das, was er habe in den Blick nehmen müssen, seien diese Kürzungen um 20 % in diesem Ansatz. Wenn diese komplett umgelegt würden, ergäben sich Mehrbelastungen pro Monat in Höhe von 1,66 € beim Sozialbeitrag für die Studierenden. Das habe er eben dargelegt. So sähe es aus, wenn das komplett in Beitragserhöhungen weitergegeben würde. Alle anderen Dinge, die Herr Bollermann dargelegt habe, könne er insofern nicht nachvollziehen.

Im Übrigen finanzierten sich die Studentenwerke nicht ganz wesentlich aus Zuschüssen. Der Finanzierungsanteil betrage gegenwärtig 17 % und sinke jetzt auf 13 %. Er sei von Ende der 90er-Jahre bis zum Jahr 2004 von 21 % auf 17 % zurückgeführt worden. Dieser Schritt sei der Vorgängerlandesregierung sicher nicht leicht gefallen. Der neuen Landesregierung falle dieser Schritt ebenfalls nicht leicht. Aber das sei ein Sparbeitrag, der sich in das einfüge, was auch der Ministerpräsident deutlich gemacht habe. Es müssten auch Kürzungen vorgenommen werden. Anders lasse sich der Haushalt nicht konsolidieren. Die Kürzungen würden an allen Stellen durchgeführt und nicht nur in einem gewissen Bereich. Das seien konsumtive Ausgaben an der Stelle. Als Fachminis-

ter habe er sich dem nicht entziehen können, an der Stelle diesen Sparbeitrag von 20 % zu erbringen. Er halte ihn zwar nicht für gewünscht, aber für vertretbar.

Christian Lindner (FDP) geht darauf ein, dass Frau Dr. Seidl die Positionierung der FDP-Fraktion in der 13. Wahlperiode zum Thema gemacht habe: Die FDP-Fraktion habe sich mit dem Landeshaushalt 2006 befasst und fasse ihn insgesamt als sozial ausgewogen auf, insbesondere im Hochschulbereich mit den vielfältigen Verbesserungen, die für die nächsten Jahre in Aussicht stünden. Die FDP halte deshalb eine maßvolle Erhöhung des Sozialbeitrags für vertretbar und trage die Vorschläge der Landesregierung mit.

Auf die Frage von **Dr. Michael Brinkmeier (CDU)**, ob die Erhöhung bei den Investitionszuschüssen in den alten Verpflichtungsermächtigungen bereits vorgesehen gewesen sei, erläutert **MD Mattonet (MIWFT)**, es gehe um die Sanierung der Mensen in Bonn, Düsseldorf und Dortmund. Die Erhöhung hänge damit zusammen, dass im Doppelhaushalt 2004/2005 der entsprechende Baransatz abgesenkt worden sei und entsprechende Verpflichtungsermächtigungen ausgebracht worden seien. Von diesen Verpflichtungsermächtigungen hätten die Studentenwerke Gebrauch gemacht, sodass jetzt ein erhöhter Baransatz notwendig sei.

Dr. Michael Brinkmeier (CDU) fragt nach, ob das bedeute, dass im Grunde genommen das Geld schon für 2004 hätte veranschlagt werden müssen, aber die damaligen Mehrheitsfraktionen es als Verpflichtungsermächtigung eingestellt hätten.

Prof. Dr. Gerd Bollermann (SPD) gibt Auskunft, das hänge zum Teil mit Verzögerungen im Baufortschritt zusammen.

MD Mattonet (MIWFT) geht davon aus, dass der Haushalt vom Haushaltsgesetzgeber dem Baufortschritt entsprechend veranschlagt worden sei.

Der **Vorsitzende** ruft Kapitel 06 030 zur Beratung auf, verweist auf die schriftliche Antwort des Ministeriums auf die Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu Titel 686 26 (*siehe Anlage*) und stellt sodann die Nachfrage, wie es denn zu dieser für das Land nicht besonders positiven Vereinbarung gekommen sei.

MD Mattonet (MIWFT) informiert, das hänge schlicht und einfach auch mit den Maßnahmen zusammen. Es gebe eine Vereinbarung mit dem Bund, dass Bund und Land diese Maßnahmen finanziell trügen. Je nach anfallenden Arbeiten müssten entsprechende Rechnungen beglichen werden. Daraus resultiere das. Es lasse sich nicht sagen, dass das jährlich den gleichen Betrag ausmache. Der Betrag steige oder sinke je nach anfallenden Arbeiten.

Karl Schultheis (SPD) verweist zu Kapitel 06 040 auf seine Ausführungen zum FKE unter Tagesordnungspunkt 2. – Der **Vorsitzende** unterstützt die Bitte um Klärung der Situation des FKE bis zur nächsten Sitzung vor allem angesichts der dem Minister überreichten Unterschriften.

4 Zielvereinbarungen der III. Generation

Bericht der Landesregierung

Karl Schultheis (SPD) schlägt vor, die Beratung über diesen Tagesordnungspunkt zu vertagen. Er bitte vor der Beratung über diesen Punkt um einen schriftlichen Bericht der Landesregierung, der bis jetzt nicht vorliege.

Vor dem Hintergrund der heutigen Diskussion wünsche er sich außerdem eine Darstellung, wie sich das zuständige Ressort in Zukunft die Rolle des Landtags im Rahmen dieser Zielvereinbarungen vorstelle. Denn es gehe ja nicht nur um Zielvereinbarungen zwischen Ministerium und Hochschulen. Der Haushaltsgesetzgeber solle ja nach wie vor Finanzmittel bereitstellen. Dieser Landtag müsse auch für diesen Bereich weiter in der Lage sein, strategisch politische Ziele zu setzen.

Der **Ausschuss** erklärt sich mit der Vertagung dieses Tagesordnungspunktes einverstanden.

5 Folgekostenabschätzung der geplanten Neuregelung der Hochschulgesetzgebung

Bericht der Landesregierung

Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (MIWFT) nimmt Stellung, wenn ein solcher Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht werde, gebe es auch eine entsprechende Kostennote. Da noch kein Gesetzentwurf eingebracht sei, bitte er um Verständnis dafür, dass er noch keine Kostennote vorlege. Dies erfolge dann, wenn das formal erforderlich sei.

Karl Schultheis (SPD) legt Wert darauf, dass diese Frage nach den Folgekosten gezielt beantwortet werde. Mit dem Paradigmenwechsel der Landesregierung und der Formierung der Hochschulen als Unternehmen ergebe sich eine Reihe von Fragen der Finanzierung. Das sei ja die Ideologie hinter der Gesetzgebung der Landesregierung, dass sich die Hochschulen als Unternehmen gerierten und deswegen ja auch insolvent werden könnten. Die SPD wolle gern wissen, welche Auswirkungen das haben werde. Eine Frage sei beispielsweise, ob sich die Besteuerung der Drittmittel nicht ganz anders darstelle, wenn die Hochschulen in diese Autonomie entlassen würden. Hinzu kämen gebührenrechtliche Fragen. Bei einer staatlichen Einrichtung gebe es ja auch eine Gebührenfreiheit in wichtigen Bereichen. Aus dieser neuen Gesetzgebung werde ja ein



Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie

9. Sitzung (öffentlich)

23. März 2006

Düsseldorf - Haus des Landtags

15:05 Uhr bis 17:30 Uhr

Vorsitz: Dr. Michael Vesper (GRÜNE)

Protokollerstellung: Eva-Maria Bartylla

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:	Seite
1 Situation der Institute des Wissenschaftszentrums Bericht der Landesregierung - Diskussion	1
2 Schließung von Landesforschungseinrichtungen Bericht der Landesregierung - Diskussion	9
3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2006 und Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze (Haushaltsstrukturgesetz 2006) Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/1000	13

In Verbindung damit:

Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen 2005 bis 2009

Vorlage 14/190

In Verbindung damit:

Kürzungen bei Studentenwerken zurücknehmen!

Antrag

der Fraktion der SPD

Drucksache 14/1015

Im Rahmen der Haushaltsdiskussion wird vereinbart, dass die Fraktionen noch offene Fragen zum Haushalt rechtzeitig vor der nächsten Sitzung, die am 30. März 2006 stattfindet, schriftlich einreichen.

4 Zielvereinbarungen der III. Generation 23

Bericht der Landesregierung

Die Beratung dieses Punktes wird vertagt.

5 Folgekostenabschätzung der geplanten Neuregelung der Hochschulgesetzgebung 23

Bericht der Landesregierung

Der von der Fraktion der SPD erbetene Bericht der Landesregierung wird verschoben, bis ein Gesetzentwurf der Landesregierung vorliegt.

Kapitel 06 082 Landesinstitut Sozialforschungsstelle DO

- Seite 148 Titel 282 11 Beiträge Dritter
-500.000 = -16% . Warum gibt es hier weniger Geld? Warum gleicht das Land die Mindereinnahmen nicht aus, sondern reicht sie durch, so dass das Institut insgesamt 10% weniger Mittel hat (S. 154, Summe Kapitel 06 082)

Kapitel 06 100 Hochschulen Allgemein

- Seite 212 Titel 711 51 Grunderneuerung von natur- und ingenieurwissenschaftlichen Hochschulinstituten
völlige Streichung (-8,8 Mio) Warum?
- Seite 216 Titelgruppe 64 Ausgaben für Forschung, Lehre, Internationales und Transfer
-14,8 Mio = -30%. Welche Programme und Projekte werden davon betroffen sein?
- Seite 218 Titelgruppe 96 Evaluierungsbüro NRW
-174.000 = -20%, davon -134.000 (-60%) bei den Sachmittel.
Wie soll das Büro damit noch arbeiten?